

Pax Christi-Kommission Friedenspolitik
c/o Christof Grosse
Brettener Straße 41
75177 Pforzheim

18.3.2005

Presseerklärung mit der Bitte um Veröffentlichung

Pax Christi fordert ernsthafte Verfassungsdebatte

Aus Anlass der und als Nachtrag zur öffentlichen Anhörung am 16.3.2005 in Berlin zur Ratifizierung des EU-Verfassungsvertrags vom 20. Oktober 2004 fordert die deutsche Sektion der Internationalen Katholischen Friedensbewegung Pax Christi eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den vor allem aus den sozialen Bewegungen vorgebrachten Bedenken gegen diesen Vertrag.

In einem Schreiben an die Vorsitzenden und Stellvertretenden Vorsitzenden der z.Z. mit der Ratifizierung des Verfassungsvertrags befassten Bundestags-Ausschüsse bemängelt die Kommission Friedenspolitik von Pax Christi, dass eine zur ersten Lesung am 24.02.05 an alle Bundestagsabgeordneten adressierte einschlägige Erklärung des Geschäftsführenden Vorstands ihrer Organisation augenscheinlich nicht zur Kenntnis genommen worden sei. Lediglich aus einer Fraktion habe man wenig sagende Antworten auf nicht gestellte Fragen erhalten. Ein derartiger Umgang mit Sorgen und Bedenken von Wählern und Wählerinnen stehe in offenem Widerspruch zu den wohlfeilen Forderungen nach aktiver Beteiligung am politischen Prozess.

In der Sache verweist die Kommission Friedenspolitik auf einen Beschluss der Delegiertenversammlung von Pax Christi Ende Oktober 2004. Demnach begrüßt die deutsche Sektion die Bemühungen um die europäische Einigung und um die Erarbeitung einer gemeinsamen Verfassung, lehnt den Verfassungsvertrag in der Fassung vom 29. Oktober 2004 jedoch in wichtigen Punkten ab. So sieht man u.a. durch eine verfassungsmäßige „*Verpflichtung zur Aufrüstung... den Weg in die militärische Integration Europas zum Zweck globaler Militäreinsätze im Widerspruch zum Gewaltverbot der UN-Charta*“ eröffnet; bedauert „*das Fehlen verbindlicher Regelungen des Sozialschutzes im Rahmen einer Europäischen Sozialcharta*“; und glaubt: „*Die neue Verfassung kommt einer Grundgesetzänderung gleich, entmachtet die nationalen Parlamente und schwächt die parlamentarische Demokratie auch in der EU.*“ Daher stelle sich Pax Christi dieser Verfassung entgegen.

Ch. Grosse,

Sprecher Pax Christi-Kommission Friedenspolitik

Anlagen:

- ◆ Schreiben der Kommission Friedenspolitik an die Ausschussvorsitzenden
- ◆ Schreiben des Vizepräsidenten der deutschen Sektion an die Bundestagsabgeordneten